

Tagesanzeiger

Montag
7. Oktober 2019

127. Jahrgang Nr. 232
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Zürich gegen Bern

Auf Eis gewinnt der ZSC mit 3:2 – auf Rasen geht der FCZ mit 0:4 unter.

27, 28

Mit oder ohne?

Das Wasser im Geltenbach kann den Wissensdurst nicht stillen. Im Gegenteil.

36



Shigeru Ban

Der Architekt baut in Biel so, dass Menschen einander sehen.

29

SVP scheitert mit ihrem Angriff auf die Sozialhilfe

Kürzungen Was die Stimmberechtigten in Bern vor einem halben Jahr verhindert haben, verliert auch in anderen Städten und Kantonen an Unterstützung.

Claudia Blumer

Der Wettlauf um radikale Sparübungen in der Sozialhilfe ist vorläufig beendet. Als die Berner Regierung 2017 ihre Kürzungspläne bekannt gab, drohte eine Abwärtsspirale einzusetzen. Die SVP reichte in mehreren Kantonen erfolgreich Forderungen ein, die Sozialhilfe substanziell zu kürzen.

Zwei Jahre später zeigt sich: Der Angriff ist gescheitert. Die Berner Stimmberechtigten haben die Vorlage im Frühling bachab geschickt. Im Baselbiet will ein «Korrektur-Vorstoss» die Forderung von 2017 annullieren. Im Aargau hat eine Radikalvorlage derzeit wenig Chancen, dasselbe in Solothurn, wo ein Vorstoss hängig ist. Eine Ohrfeige kassierte die

SVP in Winterthur, wo sie die zweitstärkste Partei ist. Ihre Anfang Jahr lancierte Volksinitiative für eine Sozialhilfekürzung scheiterte schon bei der Unterschriftensammlung. Nun rätselt die SVP, ob sie organisatorische Fehler machte oder ob das Thema Sozialhilfe derzeit einfach nicht zieht.

Fachleute aus dem Sozialwesen glauben, der sachlich geführte Abstimmungskampf und das Nein in Bern hätten die Debatte auch in anderen Kantonen geprägt. Sie könnte allerdings wieder emotional werden, weil die Kantone und Gemeinden in den nächsten drei Jahren deutlich höhere Sozialhilfekosten tragen müssen. Der Bund entlässt viele 2015 Eingewanderte aus seiner finanzpolitischen Obhut. **Seite 4**

Pensionskassen schrauben Rentenalter für Frauen hoch

Arbeit Während die Politik noch immer über ein höheres Rentenalter für Frauen streitet, sind zahlreiche Pensionskassen schon einen Schritt weiter. In 36 Prozent aller Vorsorgeeinrichtungen liegt das reguläre Rücktrittsalter für Frauen und Männer bei 65 Jahren.

Besonders verbreitet ist die Praxis bei den Pensionskassen von öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. Da sehen 58 Prozent auch für Frauen das höhere Rentenalter vor. Eine volle Rente ohne Kürzungen oder Zuschläge gibt es demnach erst mit 65 Jahren. Das ist zulässig, solange Frauen, die in einer sol-

chen Pensionskasse versichert sind, trotzdem schon mit 64 in Rente gehen können. Wollen sie aber von den gleichen Pensionierungsbedingungen profitieren wie ihre männlichen Arbeitskollegen, müssen sie bis 65 weiterarbeiten.

Das wiederum geht nur, wenn auch die Arbeitgebenden mitmachen, was nicht überall der Fall ist. Selbst in der Bundesverwaltung werden Frauen mit Erreichen des AHV-Alters automatisch pensioniert, obwohl das reguläre Rücktrittsalter in der Pensionskasse Publica bei 65 liegt. Dies will der Bundesrat nun ändern. **(afi) Seite 11**

So werden Frauen zu Politikerinnen



Wahlen Die überparteiliche Kampagne «Helvetia ruft» motiviert Frauen für die Politik. Wie, das erzählt eine 32-jährige Lehrerin, die für den Nationalrat kandidiert. Bei ihrem ersten Wahlkampf helfen ihr ein Mentor und ein – weiblicher – Coach am Bildschirm. **(TA) Seite 3**

Interview

«Eine Ablehnung durch die Aktionäre wird sicher Auswirkungen auf das Management haben.»

Olaf Swantee

Der Sunrise-Chef über die geplante und gefährdete Übernahme von UPC. **Seite 8**

Minister unter Druck nach Messerattacke

Frankreich Der tödliche Angriff auf vier Polizisten bringt die Regierung in Bedrängnis. Am Donnerstag hatte ein Mitarbeiter der Pariser Polizeipräfektur vier Kollegen an ihrem Arbeitsplatz erstochen. Es dauerte anschliessend mehr als 24 Stunden, bis Ermittlungen zu einem möglichen terroristischen Hintergrund der Tat eingeleitet wurden. Im Zentrum der Kritik steht Innenminister Christophe Castaner. Der Täter soll Kontakt zu Anhängern der salafistischen Bewegung gehabt und Anzeichen einer Radikalisierung gezeigt haben. **(nap) Kommentar Seite 2, Bericht Seite 7**

Kosovo wählt den Wandel

Balkan In Pristina zeichnet sich ein Regierungswechsel ab. Stärkste Kräfte bei der vorgezogenen Parlamentswahl am Sonntag wurden Nachwahlbefragungen zufolge mit je rund 30 Prozent der Stimmen die Oppositionsbewegung Vetevendosje und die Demokratische Liga Kosovos. Sie waren mit dem Versprechen angetreten, die Korruption zu bekämpfen. Beide zeigten sich im Vorfeld offen für die Bildung einer Koalition. Die grösste Partei des bisherigen Regierungsbündnisses, die Demokratische Partei Kosovos, landete mit 22 Prozent auf Platz drei. **(Reuters) Seite 6**

Grossbäckereien setzen auf Brot ohne Pestizide

Landwirtschaft 250 Bauern, die ihr Brotgetreide bisher mit Pestizid schützten, haben dieses Jahr auf einer Fläche von 700 Hektaren auf die chemische Hilfe auf ihren Feldern verzichtet. Die unter dem IP-Label produzierenden Bauern erhielten dafür von der Bäckerei Fredy's von Fredy Hiestand 8 Franken mehr pro 100 Kilo Getreide. Die Migros hat ein Projekt mit 20 IP-Bauern gestartet. Bis 2040 will der Grossverteiler nur noch pestizidfreies Brotgetreide einsetzen. Ohne Pestizide arbeiten heute nur Bio-bauern, die auf 6750 Hektaren Getreide anbauen. **(zet) Seite 15**

Schwanders Sololauf vergrault Kesb-Gegner

Rücktritt Unter den Initianten der Volksinitiative gegen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden ist ein offener Streit ausgebrochen. Julia Onken und Walter Hauser haben ihren Rücktritt aus dem Initiativkomitee erklärt. Sie werfen dem SVP-Nationalrat Pirmin Schwander einen intransparenten Alleingang vor. Er habe sie nie über den Stand der Dinge informiert. «Ich fürchte, einer Art Fake-Volksinitiative aufgefressen zu sein», sagt Hauser. Er frage sich, ob die Initiative nicht primär als Vehikel für Schwanders Wahlkampf im Kanton Schwyz gedient habe. **(hü) Seite 5**



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Leserbriefe	13	Veranstaltungen	33
TV/Radio	20	Rätsel	34
Todesanzeigen	22	Wetter	35

Zürich



Zürich Film Festival Warum der Zürcher Stadtrat bei Anrufen von Gründerin Nadja Schildknecht in Panik geriet. 17



Bauer Hans Egli hat jetzt mehr Aufwand: Statt einmal ein Pestizid zu spritzen, muss er sein Weizenfeld mit dem Striegel bearbeiten. Foto: Andrea Zahler

Es geht auch ohne Pestizide

Landwirtschaft Die allermeisten Getreidebauern schützen ihre Pflanzen mit Unkrautvertilgern. Doch jetzt stellen viele auf eine naturnahe Produktion um – weil Grossbäckereien pestizidfreies Getreide wünschen.

Thomas Zemp

Etwas mehr Erfahrungen sammeln müsse er noch, sagt Bauer Hans Egli. Nach über 20 Jahren hat er bei seinem Weizen, den er diesen Sommer eingefahren hat, gänzlich auf Pestizide verzichtet. «Mit dem Resultat bin ich durchaus zufrieden», sagt der Bauer aus Steinmaur, der für die EDU im Kantonsparlament politisiert. Erstmals hat er auch keine Herbizide verwendet, also chemische Unkrautvertilger. Fungizide gegen Pilze und Insektizide durfte er mit dem Label von IP-Suisse, der Schweizerischen Vereinigung integrierender Produzender Bauern, schon vorher nicht einsetzen.

Verändert hat sich für Landwirt Egli, dessen Hof mit 40 Hektaren zu den grösseren im Kanton gehört, vor allem eines: Er bekämpft das Unkraut heute mechanisch. Zuvor reichte es, wenn er nach der Aussaat im Herbst das Herbizid mit dem Traktor auf das Feld spritzte. Es wirkte fast zu hundert Prozent. Der Aufwand war sehr gering.

Von Hand ausgerissen

Nun muss der Bauer die Felder ein- bis dreimal mit dem Striegel bearbeiten, einem einfachen mechanischen Gerät, das er am Traktor montiert. Es sieht aus wie ein riesiger Rechen. Die vielen Zacken reißen einige Wochen nach der Aussaat das Unkraut aus, ohne den Weizen zu beschädigen. Dieser muss etwas grösser sein als das Unkraut und erste Wurzeln geschlagen haben. Egli ist den Acker auch einmal zu Fuss abgelaufen, er hat unerwünschtes Unkraut wie die widerspenstige Blacke von

Hand ausgerissen. Pro Hektare dauerte das rund eine Stunde, für seine insgesamt 15 Hektaren musste er also nochmals fast zwei Arbeitstage einsetzen. «Die Kunst ist, den richtigen Zeitpunkt für das Striegeln zu erwischen», sagt Egli. Der Boden darf weder zu trocken noch zu nass sein.

Für den pestizidfrei angebaute Weizen erhält Egli 8 Franken mehr pro 100 Kilogramm – statt 55 Franken neu 63 Franken. Den Mehrpreis übernimmt der Zürcher Bäcker Fredy Hiestand. Er verwendet in seiner Produktion in Baden für seine Brote und Gebäcke seit diesem Jahr nur noch pestizidfrei angebautes Getreide. Hiestand bezahlt insgesamt 15 Franken mehr pro 100 Kilogramm – statt 100 Kilogramm – statt 55 Franken neu 63 Franken. Den Mehrpreis übernimmt der Zürcher Bäcker Fredy Hiestand. Er verwendet in seiner Produktion in Baden für seine Brote und Gebäcke seit diesem Jahr nur noch pestizidfrei angebautes Getreide. Hiestand bezahlt insgesamt

«Wir übernehmen den Aufpreis bis jetzt vollständig, da wir der Meinung sind, dass endlich etwas passieren muss», sagt der Bäcker, der in den 1970er-Jahren mit seinen tiefgefrorenen Aufbackpfefli bekannt geworden ist. «Keine Mutter würde ihrem Kind bewusst Nahrung geben, die mit Pestiziden belastet ist.»

Bauern auf der Warteliste

IP-Suisse hat die Bauern für Hiestand gesucht. Diese müssen auf insgesamt 700 Hektaren Brotgetreide anbauen, um den Bedarf der Hiestand-Bäckerei zu decken. 250 Getreidebauern haben im ersten Jahr mitgemacht, weitere 300 Landwirte liessen sich auf eine Warteliste setzen, wie Sandro Rechsteiner von IP-Suisse sagt. Der 76-jährige Fredy Hiestand unterstützt auch die Trinkwasserinitiative,

Hiestand setzt heute schon voll auf pestizidfreies Brotgetreide. Die Migros lässt sich dafür bis 2040 Zeit.

die nächstes Jahr zur Abstimmung gelangen soll. Sie will, dass nur noch diejenigen Bauern Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide beim Getreide-, Gemüse- und Obstbau sowie Antibiotika bei der Viehzucht verzichten. Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, der Nationalrat lehnt sie ebenfalls ab. Die Diskussion im Ständerat steht noch aus.

Coop forciert Bio

Hiestand setzt bereits voll auf pestizidfrei angebautes Brotgetreide. Noch in der Testphase ist die Migros mit ihrer Bäckerei Jowa mit Hauptsitz in Volketswil. «Bis 2040 sollen die Rohstoffe für die Brotproduktion der Jowa zu 100 Prozent nachhaltig sein», sagt Cristina Maurer, Mediensprecherin des Migros-Genossenschaftsbundes.

Die Migros hat mit der ETH Zürich, der IP-Suisse und der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften ein Projekt gestartet, dem sich 20 Landwirte angeschlossen haben. Der Grossverteiler rechnet mit einem Mehrpreis von 5 Franken pro 100 Kilogramm Mehl. Das entspricht rund zwei Rappen pro Brot, sagt Maurer.

«Ob die Migros dies übernimmt, hängt auch von politischen Faktoren wie Direktzahlungen oder Ökobeiträgen ab.»

Einen anderen Weg geht der Grossverteiler Coop: Er setzt auf das Label Bio, das im Anbau von Brotgetreide gar kein Pestizid erlaubt. Der Anteil an Biobrot betrage bei Coop rund 50 Prozent, dieses Sortiment werde laufend erweitert und ergänzt, teilt die Medienstelle mit.

Pestizide sind diesen Sommer in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das Bundesamt für Umwelt teilte mit, dass chemische Stoffe aus der Landwirtschaft das Wasser vor allem im Mittelland nachhaltig schädigten. Im Kanton Zürich hat das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) im Mai 92 Grundwasserfassungen untersucht, bei 49 Messstellen fand es Abbaustoffe des Pflanzenschutzmittels Chlorothalonil. Gemäss dem Bund kann eine gefährliche Wirkung der Abbaustoffe nicht aus-

geschlossen werden. Gemüse- und Getreidebauern setzen Chlorothalonil gegen Pilzbefall ein. Bei 29 Messstellen wurden die Grenzwerte überschritten – im Durchschnitt um den Faktor 3,4. Hauptsächlich betroffen sind Gebiete im Weinland und im Unterland, den beiden grossen Anbaugebieten von Gemüse und Getreide im Kanton.

Erhöhtes Risiko

Hans Egli wird auch im kommenden Jahr wieder pestizidfrei angebaute Weizen ernten. Das hat er mit der Aussaat vor wenigen Wochen entschieden. Dieses Jahr musste er neu unbehandelte Saat austragen, gleich wie die Biobauern. Das erhöht das Risiko, dass Insekten sie fressen. Die Mehrarbeit, der geringere Ertrag und das grössere Risiko müssten abgegolten werden, sagt Egli. Bei Hiestand sei das der Fall. Für den Bauern ist entscheidend, dass sowohl der ökologische als auch der ökonomische Nutzen stimmt.

Grosses Potenzial

In der Schweiz wird auf 83 000 Hektaren Brotgetreide angebaut. Der allergrösste Teil der Schweizer Landwirte arbeitet unter dem Label Garantie Suisse. Dieses unterscheidet zwischen extensivem Anbau und nicht extensivem Anbau. Beim extensiven Anbau von Brotgetreide auf einer Fläche von gesamthaft 21 000 Hektaren sind Herbizide erlaubt, Fungizide und Insektizide hingegen verboten. Beim nicht extensiven Anbau auf 32 000 Hektaren sind alle drei Pestizide erlaubt.

Die IP-Bauern pflanzen auf gut 25 000 Hektaren Getreide an,

ihnen ist der Einsatz von Herbiziden erlaubt. 250 IP-Bauern haben dieses Jahr auf ihren Feldern mit einer Gesamtfläche von 700 Hektaren auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet. Sie haben damit ebenfalls pestizidfreies Brotgetreide produziert. Gänzlich ohne Pestizide arbeiten die Biobauern. Sie bewirtschaften etwa 6750 Hektaren.

Daneben gibt es noch einen kleinen Anteil von Landwirten, die sich überhaupt keinem Label angeschlossen haben. Sie entscheiden selber, ob und welche Pestizide sie einsetzen. (zet)

Elektronische Einbürgerung kostet Millionen

Digitalisierung 7,26 Millionen Franken bewilligt die Zürcher Regierung für den Aufbau und den Betrieb von «eEinbürgerungZH» für fünf Jahre. Voraussichtlich 2022 soll die Plattform starten und das Einbürgerungsverfahren einfacher und transparenter machen. Dies dank einer rein digitalen Erfassung und Verarbeitung der Dossiers, wie die Justizdirektion von Jacqueline Fehr (SP) mitteilt.

Für die Einbürgerungswilligen hat die digitale Plattform den Vorteil, dass sie nicht mehr vorgängig Dokumente bei der Verwaltung besorgen müssen, ausserdem können sie jederzeit den Status des Verfahrens und die zuständigen Verwaltungsangestellten einsehen. Der Vorteil für die Verwaltung: Das Nachführen von Papierdossiers, die Aufbewahrung und Archivierung entfallen. Die neue Software ist ein Projekt des Impulsprogramms der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023.

Dass die Justizdirektion sich von der neuen Plattform mit Betriebskosten von 2,5 Millionen Franken in den ersten fünf Jahren zwar Effizienzsteigerungen verspricht, jedoch im Budget keine entsprechenden Einsparungen einplant, nimmt die SVP «mit Verwunderung» zur Kenntnis. In der entsprechenden Abteilung würden sogar mehr Mitarbeiter eingeplant, schreibt sie in einer Mitteilung. Das zeugt nicht von bedachtem Umgang mit dem Geld der öffentlichen Hand. «Jacqueline Fehr gibt es mit beiden Händen aus.» Die SVP erwarte, dass sich Investition und Betrieb der Software bezahlt machen und mindestens im gleichen Umfang beim Personal gespart werde. (top)

Flüsterbeläge sind dem Kanton noch zu teuer

Lärmschutz Auf Kantonsstrassen setzt die Regierung derzeit nur an wenigen, ausgewählten Strecken im Rahmen eines Testprogramms auf lärmarme Strassenbeläge. Für den verbreiteten Einsatz sei die Technik noch zu wenig ausgereift, schreibt sie in einer Antwort auf die Anfrage des grünen Kantonsrats Robert Brunner. Zwar sei in der Westschweiz anfänglich eine erstaunlich gute Wirkung mit Flüsterbelägen erzielt worden, doch habe diese schon nach wenigen Jahren stark nachgelassen.

Die Lebensdauer von lärmarmen Belägen sei nur halb so lang wie diejenige von herkömmlichen, was zu wesentlich höheren Kosten führe, zu mehr Baustellen auf Kantonsstrassen und höherem Material- und Energieverbrauch. Im speziellen Fall, einem relativ kurzen Strassenstück in der Kernzone von Steinmaur, wo wegen des Ortsbildschutzes keine Lärmschutzwände gebaut werden können, sei ein Flüsterbelag zudem unsinnig, weil durch den Übergang zum Standardbelag zusätzliche Lärmemissionen entstünden, so die Baudirektion. Im Rahmen des laufenden Tests seien die Beläge aber bereits wesentlich optimiert worden. Zudem setze man sich beim Bund dafür ein, dass der Bau von Flüsterbelägen künftig finanziell unterstützt wird. (top)